

## Gewerkschaften und Parteien in Italien

Auf dem Parteitag der italienischen Sozialisten (vom 25. zum 29. Oktober 1963) wurde wenig von Gewerkschaftsfragen gesprochen. Dies war außergewöhnlich, wenn man an frühere Tagungen dieser Partei zurückdenkt. Denn in Italien ist die Gewerkschaftsbewegung seit ihrer Wiederbegründung nach dem Zusammenbruch des faschistischen Regimes stark politisch ausgerichtet und daher auch zersplittert. Die geringe Bezugnahme auf die Gewerkschaften anlässlich dieser Tagung, insbesondere im Grundsatzreferat und Schlußwort des Parteiführers *Pietro Nenni*, hatte daher auch ihren politischen Grund in der zunehmenden Distanzierung von der Kommunistischen Partei.

Diese Distanzierung geht einher mit der nunmehr offen ausgesprochenen Bereitschaft der Mehrheit des Parteitages, sich an einer Regierung der Linken Mitte mit den Christdemokraten, Republikanern und Sozialdemokraten zu beteiligen. Diese Linke Mitte hat in der Regierung *Fanfani* bereits bestanden, aber nur mit der indirekten Unterstützung der Sozialisten, die sich bei Vertrauensfragen der Stimme enthielten. Bei wichtigen Gesetzen, die von den Sozialisten und Sozialdemokraten gefordert wurden — wie die Überführung der Stromerzeugung und -Verwertung in die öffentliche Hand und die Einführung einer obligatorischen Überstufe der bislang nur vierjährigen Volksschule — stimmten allerdings auch die Sozialisten mit. Aus dieser Situation erwuchs dann im Monat Mai der Vorschlag, nach den Wahlen vom 28. April 1963, eine Regierung mit Beteiligung der Sozialisten zu bilden. Das Regierungsprogramm war von *Pietro Nenni* bereits ausgehandelt, als unter der Führung von *Riccardo Lombardi* eine kleine Gruppe Schwierigkeiten machte, so daß die in Aussicht genommene Regierung unter dem Vorsitz des Christdemokraten *Moro* nicht zustande kam.

Diese Schwierigkeiten bei den Sozialisten bezogen sich allerdings nicht auf die ganze Partei, sondern auf die Mehrheitsgruppe der sogenannten „Autonomisten“. Gemeint ist mit diesem Ausdruck die Autonomie von der Kommunistischen Partei. In Italien gibt es nämlich in fast allen Parteien organisierte Richtungsgruppen, die für die eigentlichen politischen Entscheidungen maßgeblich sind. Bei den Sozialisten machte nun die kommunistenfreundliche Richtung erhebliche Vorbehalte, wagte es aber bei den Parteitagsdebatten nicht, sich etwa offen gegen die in der Linken Mitte sich ergebende Begegnung der christlich-demokratisch orientierten mit den sozialistisch oder sozialdemokratisch orientierten Arbeitnehmern auszusprechen. Nur waren Reden und Berichte der sozialistischen Linken allzusehr in der Sprachregelung der Kommunisten abgefaßt, um den Unterschied zur Grundkonzeption der Autonomisten überhören zu können.

Die immer noch und neuerdings wieder von *Nenni* angeführte Sozialistische Partei befindet sich allerdings in der nun schon Jahre währenden Loslösung von den Kommunisten in einer keineswegs einfachen Lage. Die in den Gemeinden vorhandenen sozialistisch-kommunistischen Koalitionen <sup>1)</sup> konnten größtenteils schon — so in Mailand — durch Magistrate der Linken Mitte abgelöst werden. Schwieriger hingegen ist das *gewerkschaftspolitische* Gebiet. Aus der Zeit der Gemeinsamkeitspolitik von PSI (Sozialisten) und PCI (Kommunisten) stammt die statutarische Bestimmung, daß Mitglieder der PSI, falls sie Arbeitnehmer sind, in der vorwiegend kommunistisch geleiteten und dem Weltgewerkschaftsbund angehörenden CGIL organisiert sein müssen. Diese Bestimmung knüpft an die alte Übung aus der vorfaschistischen Zeit an, die von Sozialisten die Zugehörigkeit zur Gewerkschaftsbewegung forderte. Nicht alle Mitglieder der Industrieverbände der CGIL sind nun etwa Kommunisten. Wohl aber sind die leitenden Positionen, insbesondere die hauptamtlichen Funktionen, vorwiegend mit Kommunisten besetzt. Es gibt jedoch sogar sozialdemokratische hauptamtliche Funktionäre in dieser Organisation, die zweifellos die stärkste gewerkschaftliche Gruppe in Italien darstellt. Es gibt auch Sozialdemokraten, aber keine Sozialisten in der vorwiegend *christdemokratisch* orientierten CISL, die ebenso wie die Gewerkschaften der vorwiegend sozialdemokratischen UIL dem IBFG in Brüssel angehören.

So kann es denn auch vorkommen, daß beispielsweise der Generalsekretär der Bauarbeiter der CGIL, *Capodaglio*, ein autonomistischer Sozialist und seine beiden Kollegen aus der Branche der gewerkschaftlichen Konkurrenzverbände in der CISL und der UIL, *Nessere* und *Ruffini*, Sozialdemokraten sind. Da nunmehr der seit 1947 bestehende Gegensatz zwischen Sozialdemokraten (PSDI) und Sozialisten (PSI) im Zeichen der Linken Mitte abnimmt, wird in einem solchen Fall die gemeinsame gewerkschaftliche Arbeit der drei Verbände persönlich erleichtert. Sie besteht auch sonst in gewissem Umfang, denn keiner der drei Gewerkschaftsverbände kann es sich leisten, allein etwa Tarifverträge abzuschließen. Dennoch besteht durch die starke Politisierung manche Schwierigkeit, in erster Linie natürlich durch die kommunistischen Kaderleute in der CGIL. Ein Beispiel: Die Bauarbeiter der drei Organisationen demonstrierten vor einiger Zeit in Mailand für gewerkschaftliche Forderungen; zum Schluß aber zog eine kommunistische Abteilung des gemeinsamen Demonstrationszuges vor das Rathaus, um gegen den Magistrat der Linken Mitte und seinen sozialdemokratischen Bürgermeister zu demonstrieren.

Dies ist der Hintergrund gewerkschaftspolitischer Art, vor dem sich die heftigen Diskussionen des Parteitags der Sozialisten abspielten. Die Tatsache, daß man von den Gewerkschaften nicht sprach, betonte hier die zunehmende Distanzierung von allen Gemeinsamkeiten mit der Kommunistischen Partei. Dies war nicht etwa nur der Wille der führenden Persönlichkeiten der Partei, sondern auch die Stimmung der Mehrheit der Delegierten, überwiegend Arbeiter und der jungen Generation zugehörend. Als der stellvertretende Generalsekretär der KP, *Luigi Longo*, den Kongreß begrüßte und dabei *Pietro Nenni* vorwarf, er mache sich von den Kommunisten ein Bild, wie es ihm passe, konnte *Longo* fast zehn Minuten nicht weitersprechen. Die Delegierten waren aufgesprungen und protestierten heftig. Dies wäre noch vor vier oder vor sechs Jahren auf den Parteitag der Sozialisten kaum denkbar gewesen.

Und hierin liegt wohl die Bedeutung dieser Tagung. Die Linke Mitte lag politisch sozusagen in der Luft, wenn es auch nicht an Gegenkräften fehlt. Der Generalsekretär der Christdemokraten, *Aldo Moro*, hatte sogar in den Tagen dieses Kongresses alle Hände voll zu tun, um in der Senatsfraktion seiner Partei eine beginnende

<sup>1)</sup> Die italienische Gemeindeverfassung sieht die Bildung politisch bestimmter Magistrate bei jeder Gemeindevahl vor. Kommt keine Einigung zustande, so wird der Bürgermeister durch einen Regierungskommissar ersetzt.

Opposition gegen das Zusammengehen mit den Sozialisten abzubremfen. Es scheint dennoch außer Zweifel, daß die Mehrheit der einzelnen Richtungsgruppen der christdemokratischen Partei weiterhin die Linke Mitte als einzige positive Möglichkeit der Regierungsbildung und weiteren Politik Italiens ansieht. Dies wiederum stärkt die Politik *Pietro Nennis*, der allerdings für seine Partei nicht wenige Forderungen formulierte. Die christdemokratische Rechte und die sozialistische Linke sind zudem sichtlich in ihrer Opposition in dem jeweiligen Parteirahmen stark gehemmt, weil die einzige andere Möglichkeit praktisch Neuwahlen sein würden. Bei Neuwahlen im gegenwärtigen Moment und ohne Bewährung der Linken Mitte würde ihre bequeme Opposition den Kommunisten zweifelsfrei Erfolge bringen und wahrscheinlich auch die äußerste Rechte des italienischen Parlaments stärken.

Gewisse Schwierigkeiten befürchten manche Presseorgane nach der Erfahrung mit der unerwarteten Opposition durch *Riccardo Lombardi* gegen das von *Kennt* im Mai ausgehandelte Kompromiß mit *Moro*, das die Regierungsbildung zu Fall brachte. *Lombardi* bildet sozusagen eine Unterabteilung der Richtungsgruppe der Autonomisten mit 16 Mitgliedern des neuen Zentralkomitees von 59 Vertretern der Autonomisten. Seine Parteitagrede war wirkungsvoll in ihrem wirtschaftspolitischen Teil, mit Vorbehalten politischer Art für die christdemokratische Partei jedoch in mancher Hinsicht bedenklich. Dies wirkte sich hinter den Kulissen schon während des Parteitages hemmend aus, wird jedoch vermutlich in der kommenden Zeit überwindbar sein. Die *Lombardigruppe* ist an sich nicht sehr einheitlich, sondern wohl mehr durch das in der Partei wenig wirkungsvolle Moment der Gemeinsamkeit einer Intellektuellengruppe zusammengehalten. Natürlich spielt hier die Nachfolgefrage auch eine Rolle. Der 72jährige *Pietro Nenni* sagte offen auf dem Parteitag, er wäre wohl eigentlich für den Ruhestand reif, aber er wolle sich in diesen Momenten der Entscheidung nicht zurückziehen. Seine starke Stellung in der Partei und in der Öffentlichkeit ist durch die enge Verbundenheit mit einer sehr selbstbewußten Arbeiterschaft bedingt. Beim Schlußwort kam es zu Sympathiedemonstrationen, die selbst in dem mehr als lebendigen italienischen Tagungsmilieu außergewöhnlich waren. Dennoch wird er einmal abtreten wollen oder aus gesundheitlichen Gründen müssen. Vermutlich gibt es dann eine Auseinandersetzung zwischen *Lombardi* und dem weniger lebhaften, aber in der gedanklichen Begründung seiner Reden mehr systematischen stellvertretenden Vorsitzenden *de Martino*.

Stärker als es in Deutschland der Fall zu sein pflegt, standen auf dieser Tagung wirtschaftspolitische Fragen zur Debatte. Die sogenannte Krise, deren unmittelbare Auswirkung wohl aus stimmungsmäßig politisch bedingten Gründen gewisse Preissteigerungen und der Kursverfall an der Börse sind, gaben Anlaß zu einem detaillierten *Wirtschaftsprogramm der PSI*, das in vielen Fragen kaum ein Streitobjekt mit der christdemokratischen Linken darstellen dürfte. Dieses Programm ist keineswegs, wie einige in Panik geratene ausländische Berichterstatter vermeinten, ein Aufruf zur geplanten Staatswirtschaft, allerdings auch nicht, wie dieselben Journalisten als notwendig erachteten, ein Aufruf, etwa durch einen allgemeinen Lohnstopp den steigenden Preisen mittels deflationistischer Maßnahmen — zu Lasten der Arbeitnehmer — beizukommen.

Das Wirtschaftsprogramm der PSI, das in großen Zügen von den Sozialdemokraten vorbehaltlos gutgeheißen wird und bei der christdemokratischen Linken kaum auf ernste Einwände stoßen wird, sieht beispielsweise entscheidende Maßnahmen gegen die Bodenpreisspekulationen für bebaubares Gelände vor. Ein Mietpreisstopp wurde jetzt bereits von der geschäftsführenden christdemokratischen Regierung *Leone* durchgeführt. Er aber ist befristet. Die PSI schlägt nun vor, für alle neu zu errichtenden Wohnungen und nach Ablauf des Mietpreisstopps 1965 eine kontrollierte Mietpreisregelung nach Fläche und Ausstattungskoeffizienten einzuführen. Für Wohnbauten soll zudem die Baugrundeenteignung durch die Gemeinden möglich gemacht werden. Die ungünstige Handels-

bilanz soll durch Exportsteigerungen ausgeglichen, eine volkswirtschaftliche Gesamtrechnung im Rahmen einer wirtschaftspolitischen Programmierung erstellt werden, zu der in erster Linie die zahlreichen in öffentlicher Hand befindlichen Unternehmen beizutragen hätten. Sie sollen auch die industrielle Entwicklung des Südens fördern. Eine entscheidende Forderung ist schließlich die Durchsetzung der Steuerehrlichkeit der Einkommensteuerpflichtigen, insbesondere der Aktienbesitzer, die zu einem wesentlichen Teil die Urheber der kürzlich festgestellten Kapitalflucht sein dürften.

Diese Programmpunkte sind im Prinzip mit den allgemeinen Grundsätzen der Linken Mitte und ihrer Zielrichtung durchaus vereinbar. Offen blieb die Frage der Gewerkschaftszugehörigkeit, die hier nicht zu lösen war. Immerhin, der stellvertretende Generalsekretär der CGIL, *Santi*, trat auf dem Parteitag als „Autonomist“ in der Gefolgschaft Pietro Nennis auf und wurde auf derselben Liste ins Zentralkomitee gewählt. Auch hier zeichnen sich also Entwicklungen ab, die freilich noch längere Zeit brauchen werden, um zu positiven Konsequenzen im gewerkschaftlichen und parteipolitischen Raum heranzureifen.